

Anders arbeiten – gut leben

Wege aus der Wirtschaftskrise
Europäische Perspektiven

6. Europäisches Dialogforum

Waldmünchen – Sonntag, 28. Juni 2009
Georg Hupfauer, KAB-Bundesvorsitzender

Wahl-Anmerkungen

Denken wir uns Arbeiten und Leben einmal ohne Europa. Es wäre vielleicht nichts wirklich anders, oder? Auch ohne Europa hätten wir zu wenig Einkommen, Angst um den Arbeitsplatz und soziale Absicherungen, die fast nicht mehr zu bezahlen sind. Allein Europa soll schuld sein an Arbeitslosigkeit, Verarmung und der Angst um die Zukunft. Wenn dem so wäre, dann hätten die Menschen vom 4. bis 7. Juni doch ein anderes, ein wirklich soziales Europa wählen können. Wegen der sehr geringen Wahlbeteiligung haben wir nun eine Vielzahl von Abgeordneten, die Europa ablehnen oder nationalistisch-rassistisches Gedankengut vertreten. Gewachsen ist der konservative Block, der vorrangig auf die Wirtschaft als Motor für das Soziale setzt, praktisch als Abfallprodukt von den Gewinnen der Konzerne. In unseren Werbe-Kampagnen für diese Wahlen haben die Menschen immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass sie bei aller Skepsis gegenüber dem Apparat EU doch auf Europa setzen, damit Frieden, soziale Gerechtigkeit und Ökologie gefördert werden. Top-Themen der sozialen Gerechtigkeit waren zumindest aus deutscher Sicht: Perspektiven gegen Armut durch Grundeinkommen, Gute Arbeit und gerechte Bezahlung durch Mindestlöhne sowie kostenlose Ausbildung für alle in Europa. Um das zu verwirklichen brauchen wir mehr Mitbestimmung, also auch Demokratie in der Wirtschaft, und einen fairen Wettbewerb, also auch mehr Steuer-Gerechtigkeit in den einzelnen Ländern, aber auch zwischen den EU-Staaten.

Sozialpakt für Europa

Eine verbindliche Sozialcharta für alle Europäerinnen und Europäer, was bringt das? Das Recht als Arbeitnehmer/in seine Rechte auch einklagen zu können!

Seit Jahren müssen wir erleben, dass die soziale Ungleichheit in der EU zunimmt. Und zwar zwischen Arbeitnehmer/innen in Europa sowie auch

zwischen Arbeitnehmer/innen im jeweiligen Land. Wir sprechen daher von einer sozialen Spaltung, die sich verfestigt hat. Die Ursachen sind vielfältig. Dazu zählen die anhaltend schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in weiten Teilen Europas noch verstärkt hat, und die rasante Ausbreitung des Niedriglohnssektors mit der Zunahme atypischer Arbeit, die schnell zu prekärer Arbeit (working poor) wird: befristete Arbeitsverträge, geringfügige Beschäftigung, Teilzeit-, Leiharbeit, Zeitarbeit. Damit geht einher, dass viele soziale Rechte und Arbeitnehmer-Schutzrechte nicht und nur eingeschränkt gelten: Kündigungsschutz, Sozialversicherungsschutz, Mutterschutz, Mitbestimmung.

Die Sozial-Charta als Anlage zum Lissabon-Vertrag ist ein wichtiger Schritt, aber ihre Anerkennung muss in allen 27 Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden. Damit auch in Großbritannien Arbeitnehmer/innen ihre Rechte einklagen können.

Wir brauchen eine Europäisierung des Sozialen. Diese Zielsetzung muss verwirklicht werden in einem „Europäischen Sozialmodell“. Der Weg dahin beginnt mit einem „Sozialpakt“, der auf drei Säulen aufbaut: Wirtschaft, Soziales und Ökologie.

Flexicurity-Strategie

Der Gedanke der Europäischen Kommission, auf der einen Seite Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zur Belebung der Wirtschaft zu schaffen und auf der anderen Seite die Sicherheit der Arbeitnehmer/innen in der Arbeit und im Sozialen zu verbessern, ist nicht von der Hand zu weisen. Dennoch bleibt viel Skepsis, wenn sich hinter der Komponente „Flexible und zuverlässige vertragliche Vereinbarungen“ in Deutschland die Forderung nach Abschaffung des Kündigungsschutzes verbirgt.

„Wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ sind Leiharbeit und Niedriglöhne. „Moderne Systeme der sozialen Sicherheit“ sind private Absicherung beim weniger Solidarleistung aus Krankenversicherung und Rentenkasse.

Das Ziel der Lissabon-Strategie, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt (wirtschaftlich, sozial und ökologisch) zu machen, wird wohl nicht mehr erreicht werden für Deutschland. Die Widerstände gegen diese Art Umsetzung haben Fortschritte verhindert. Lissabon 2000 hat uns offenbart, dass es nicht um Gleichheit geht, sondern um Wettbewerb. Ein aktivierender Sozialstaat soll Arbeitnehmer/innen disziplinieren. Flexibilisierung bedeutet nichts anderes als Deregulierung des Arbeitsmarktes. Im Ergebnis sollen sich die Staaten von sozialen Lasten befreien, um Vollbeschäftigung zu erzielen. Aber zu welchem Preis?

Für ein Sozialmodell in der EU braucht es den Bruch mit der Lissabon-Strategie. Es braucht ein neues Denken weg von den Markt-Mythen. Der Wert des Menschen ist mehr als sein Marktwert. Ausgaben für Bildung und für Soziales sind echte Zukunftsinvestitionen.

Der Lissabon-Vertrag 2007 muss dringend ergänzt werden durch ein soziales Fortschrittsprotokoll: soziale Grundrechte, Tarifautonomie, Streikrecht vor Binnenmarktfreiheiten. Soziale Konvergenzziele und Sozialpolitik-Korridore können Sozialdumping verhindern. Dazu müssen Mehrjahresprogramme zur Verbesserung der sozialen Sicherheit in der EU verabredet werden.